Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 81 (1987)
Heft: 10

Artikel: Der Kampf um den Frieden in Israel
Autor: Petyko, Andreas
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143365

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Andreas Petyko

Der Kampf um den Frieden in Israel

Die Zahl der Juden und Palästinenser, die das Recht des anderen Volkes auf nationale Eigenständigkeit anerkennen, ist gering. Ihre Bedeutung besteht in der wichtigen Signalfunktion, die sie ausüben. Als unbequeme Mahner beeinflussen sie die Meinungsbildung und brechen manche Tabus. Andreas Petyko besuchte prominente Aktivisten und Zentren des Friedenslagers in Israel.
Red.

Das Zwölfte Freiwillige Arbeitslager in Nazareth

«Mit mehr als 30'000 Teilnehmern aus 18 Ländern war dies eine der bedeutendsten Kundgebungen für den Frieden in der Geschichte dieses Landes», bewertete stolz Tawfiq Zayyad den Eröffnungsmarsch des Zwölften Freiwilligen Arbeitslagers von Nazareth an einer Pressekonferenz am 25. August 1987. Während einer Woche hätten Tausende aus allen Teilen der Welt, Menschen verschiedenster politischer und ideologischer Überzeugungen, für die Stadt Nazareth Strassen gebaut, ausserdem die Kultur und den bedrückenden Alltag der Palästinenser kennengelernt. Viel wichtiger als die 600 000 US-Dollar, der Wert der ausgeführten Arbeit, sei die Botschaft des Lagers: Solidarität, Frieden und Freiheit

Zayyad ist seit 1975 der erste direkt gewählte Bürgermeister von Nazareth, ausserdem vertritt er im israelischen Parlament (Knesset) die kommunistisch geführte Hadasch-Fraktion, die vier Sitze innehat und sich «Demokratische Front für Frieden und Gerechtigkeit» nennt.

Ist die Geburtsstadt von Jesus, die Metropole der Israel-Araber in den Händen von Kommunisten? Das sei nicht so einfach, korrigiert mich ein hoher Würdenträger der anglikanischen Kirche. Die Mehrheit der Palästinenser in Nazareth und Israel wähle die kommunistische Rakah-Partei, weil sich diese am konsequentesten für Gleichberechtigung einsetze. Rakah sei vor allem wegen ihrem Kampf gegen die Diskriminierung zur wichtigsten Partei der 600 000 Israel-Araber geworden und hätte ausgezeichnete Beziehungen zu allen religiösen Gruppen.

Ein besonderer Machtfaktor in Nazareth sind der unwiderstehliche Charme und die Begabung des Bürgermeisters, der ein international bekannter Dichter ist. Die Frage zur Anzahl der nichtpalästinensischen Teilnehmer im Arbeitslager beantwortet Zayyad mit einer Rechenaufgabe: «Für wie viele Menschen braucht es 500 Hühner, wenn ein Huhn für vier Personen gebraten wird? Zu diesen 2000 kommen noch die 360 Mitglieder der jüdisch-israelischen Delegation, für die wir etwas besonders Festliches zubereiten wollten.»

Eliezer Feiler: seltene Taten, seltsame Folgen

«Die unversöhnlich antiisraelische Haltung der Sowjetunion nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 verschlechterte die Situation der Friedenskräfte in Israel erheblich», unterstreicht Eliezer Feiler, das «enfant terrible» in der kommunistischen Bewegung Palästinas bzw. Israels. Feiler, 1921 in Düsseldorf geboren, 1938 nach Palästina emigriert, setzt sich seit Jahrzehnten für die Rechte aller Konfliktparteien im Nahen Osten ein. Er ist im Landesrat des israelischen Gewerkschaftsbundes (Histadrut) und Mitglied

des Leitungsausschusses der Rakah.

«Beim letzten Parteikongress bekam ich erneut einen Rüffel vom Generalsekretär Meier Vilner. Ich hatte gewagt zu sagen, dass ich gegen eine Dämonisierung des Zionismus sei, und dass es unter den Zionisten nicht nur Reaktionäre, sondern auch Progressive gebe.»

Feiler verliess stets dann die Partei oder den Parteiflügel, wenn der Einfluss des jüdischen oder arabischen Nationalismus die Oberhand gewann. Feiler trat 1968 von seinem Posten im Verwaltungsapparat der kommunistischen MAKI-Partei zurück und wurde zusammen mit seiner Frau Mitglied des Kibbutz Jad Hanna. «Ich hatte eine Auseinandersetzung mit dem MAKI-Generalsekretär Dr. Sneh. Er sandte vom Podium des 16. Parteikongresses Grüsse an die israelische Luftwaffe und die tapferen Piloten, als sie im Juni 1967 die syrischen Stellungen auf dem Golan bombardierten. Ich war nicht bereit, von vornherein zuzugestehen, dass alle Kriege Israels gerecht seien, solange die arabische Umwelt die Souveränität Israels nicht anerkenne. Meiner Ansicht nach verteidigen wir uns seit 1949 nicht mehr nur, sondern besetzen auch fremde Territorien.»

Feiler hätte Schwierigkeiten, alle Umstände aufzuzählen, unter denen er als israelischer Friedenskämpfer mit Palästinensern diskutierte. Im November 1986 fuhr er als Mit-Leiter einer inoffiziellen Friedensdelegation zu Gesprächen mit der PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation) nach Rumänien. Das Treffen sollte demonstrieren, dass ein friedlicher Dialog beider Völker möglich ist.

Nach der Heimkehr wurde gegen E. Feiler und drei andere israelische Delegationsteilnehmer Anklage wegen «Kontakts mit terroristischen Organisationen» erhoben. «Bis jetzt hat uns der Prozess nur genützt», fasst Feiler den Verlauf der Hauptverhandlung am 17. Juni 1987 zusammen. Die Verteidigung habe durchsetzen können, dass die Zeugen der Anklage persönlich vor Gericht erscheinen müssten. Die Aussagen des vorgeladenen Agenten des Shin Bet (Inland-Geheimdienst) hätten die Position der Angeklagten praktisch bestätigt, wonach die PLO die Vertretung der Palästinenser und durchaus vergleichbar mit der Jewish Agency vor 1948 sei, dass Teile der PLO für den Frieden eintreten würden und der Dialog mit ihnen positiv zu werten sei.

Die Urteilsverkündung ist Ende 1987 zu erwarten, Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren wären theoretisch möglich. «Solange sich das Kräftegleichgewicht in der Regierung der nationalen Einheit unter Itzhak Schamir nicht ändert, bleibt der Ausgang des Prozesses ungewiss», meint die mitangeklagte Yael Lotan, Schriftstellerin und Redaktorin der sozialistischen Mapam-Tageszeitung Al Hamischmar. Die Reaktionen der israelischen Öffentlichkeit nach dem zweiten Friedensgespräch mit PLO-Vertretern in Budapest am 11. Juni 1987 seien ermutigend gewesen. Anders als beim Abflug nach Rumänien sei die israelische Delegation am Flughafen in Tel Aviv nicht von rechtsradikalen Gegendemonstranten bedroht worden. Auch die Medien hätten sich fast durchwegs eines moderaten Tones befleissigt und diesen Sommer habe es in vielen Städten Solidaritätsbekundungen gegeben.

Trotz dieses Umschwungs in der öffentlichen Meinung, besonders unter den Intellektuellen, eröffnete die Staatsanwaltschaft letzten Juni, ähnlich wie im November 1986 gleich bei der Rückkehr ein Strafverfahren gegen vier Teilnehmer der Delegation.

Bei den Grenzüberschreitern: Michel Warschawsky und Feisal Husseini

Die Politik der Eisernen Faust und die Beherrschung von fremden Territorien, auf denen 1,3 Millionen Palästinenser leben, schaden nicht nur den Besetzten, sondern auch den Besatzern. Die Alarmzeichen über die Verrohung, Militarisierung des Lebens und Denkens häufen

sich in der israelischen Presse in letzter Zeit. «Die einzige Form der Kooperation mit den Arabern ist ihre Verwendung als billige Arbeitskraft in den israelischen Fabriken», so der Journalist Michel Warschawsky, der sich 1982 weigerte, an der Libanon-Invasion teilzunehmen. Er habe angefangen, über eine wirkliche Zusammenarbeit nachzudenken, um so mehr, als er den Preis der Unterdrückung einer anderen Nation nicht zu zahlen bereit sei.

Zahlreiche gemeinsame Aktionen von israelischen und arabischen Menschenrechtsgruppen führten im Mai 1985 zur Entstehung des «Commitee Confronting the Iron Fist». Zu den Gründungsmitgliedern dieses Komitees gehört der Direktor des renommierten Arabischen Studien-Zentrums, Feisal Husseini. Er, der aus einer der bekanntesten arabischen Familien stammt, hat mit der judenfeindlichen Tradition gebrochen und tritt für Koexistenz und Zusammenarbeit ein. Um dies konkret zu erleben, werde ich an eine Sitzung im Büro Husseinis eingeladen. Anwesend sind etwa 30 Menschen, die meisten von ihnen westlich angezogen, der Rest in traditionell palästinensischer oder jüdischer Kleidung. Diskussionsthema ist der bevorstehende fünfte Jahrestag des Massakers in den Flüchtlingslagern Sabra und Chatilla bei Beirut, wo am 18. September 1982 Falangisten (christlich-libanesische Milizen), die von den Spitzen der israelischen Armee in die Lager geschleust worden waren, Hunderte von palästinensischen Kindern und Frauen bestialisch ermordeten.

«Am Gedenkmarsch in Jerusalem sollte ein interner Ordnungsdienst dafür sorgen, dass es keine Pannen gibt», schlägt Joshua Schoffmann, ein Bürgerrechtskämpfer, vor. Eine Vertreterin der verbotenen Palästinensischen Frauengewerkschaft von Gaza möchte mehr über die Marschroute und die Slogans wissen. Ein Mitglied der «Shalom achschaw»-(Frieden jetzt)-Bewegung fragt nach der Zusammensetzung des Komitees, das mit der Polizei über Bewilligung und Ablauf der Demonstration verhandeln soll. Nach kurzer Diskussion entsteht eine ansehnliche Liste mit bekannten israelischen und palästinensischen Namen.

Zum Schluss meldet sich Julie Gordon, eine Jüdin aus Los Angeles, zum Wort: «Sabra und Chatilla sind auch in den USA und in Europa ein Begriff. Auch dort werden am 18. September Aktionen stattfinden, die Trauer, Wut und Hilfsbereitschaft zum Ausdruck bringen sollen.»

Friedenskräfte in Israel

Shalom achschaw – Peace now (Frieden jetzt): Die grösste Gruppierung im Friedenslager entstand Ende 1977 nach dem Sadat-Besuch in Jerusalem. Der Grundsatz der Bewegung: «Frieden ist besser als Gross-Israel», ist weit interpretierbar und ermöglicht eine breite Identifizierung. Der heterogenen Zusammensetzung der breiten Massenbewegung entspricht ihre vage gehaltene Forderung nach Mässigung und Versöhnung.

Nach dem Rückzug der israelischen Truppen aus Libanon 1985 gingen die Aktivitäten von Shalom achschaw merklich zurück. Seit dem letzten Frühling scheinen Einfluss und Tatendrang wieder zu wachsen. Peace now protestierte gegen die Schliessung der palästinensischen Universitäten an der Westbank durch die Armee, organisierte Solidaritätskundgebungen für Feisal Husseini, den Leiter des Arabischen Studien-Zentrums in Jerusalem, der verhaftet und fünf Jahre unter Hausarrest gestellt wurde.

Shelli (Shalom le Israel – Frieden für Israel) gewann bei den Knessetwahlen 1979 als liberalsozialistische Opposition zur staatstragenden Arbeiterpartei (Mapai) zwei Mandate. Der damalige Shelli-Führer Uri Avneri machte Schlagzeilen in der Weltpresse, als er während der Belagerung Beiruts Anfang Juli 1982 mit Arafat in einem PLO-Bunker zusammentraf.

Neben der «Demokratischen Front» ist Shelli die einzige in der Knesset vertretene Partei, die das nationale Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anerkennt und die PLO als deren legitime Vertreterin betrachtet.

Die *Demokratische Front für Frieden und Gerechtigkeit* entstand 1977 unter der Führung der kommunistischen Rakach-Partei als Aktions- und Wahlbündnis. Sie kämpft für die Gleichberechtigung der unterprivilegierten Sephardim (orientalische Juden) sowie der arabischen Bevölkerung in Israel und fordert die Gründung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels. A.P.